

Sitzungsniederschrift

Der Hauptausschuss der Stadt Kremmen führte die 6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 15.03.2018 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Busse, Sebastian

Voigts, Malte

Tietz, Reiner

Dr. Gebauer, Stefanie

Mittelstädt, Gerhard

Winkler, Peter

Koop, Eckhard

Fritz, Uwe

Vorsitzender

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Stellvertreter für Herrn Kurth

b) abwesend

Kurth, Jürgen

Mitglied

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Schönrock, Frau Tamms, Herr Böttcher

d) Gäste

./.

e) Presse

./.

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **01.03.2018** auf **Donnerstag, den 15.03.2018** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Der Hauptausschuss war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Hauptausschusssitzung vom 25.01.2018
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung: Antrag auf Kapitalerhöhung der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH
7. Beratung: Satzung zur 2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen
8. Beratung: Billigung des Entwurfes der Satzung über die Herstellung notwendiger Stellplätze in der Stadt Kremmen (Stellplatzsatzung)
9. Beratung: Sanierung Turnhalle Goethe-Schule Kremmen
10. Sonstiges

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Hauptausschusssitzung vom 25.01.2018
2. Beratung: Vergabe "Leasing einer Kehrmaschine" für den Wirtschaftshof
3. Sonstiges

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Hauptausschusssitzung am 15.03.2018	Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	Eröffnung der Sitzung Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Sebastian Busse, eröffnet am Donnerstag, dem 15.03.2018 um 19:03 Uhr die 6. Sitzung des Hauptausschusses. Er begrüßt die Mitglieder des Hauptausschusses, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Bürger. Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses sowie die form- und fristgemäße Ladung zur Sitzung fest.			
2.	Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Hauptausschusssitzung vom 25.01.2018 Änderungs- oder Ergänzungswünsche zum öffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift der Hauptausschusssitzung vom 25.01.2018 werden nicht vorgetragen, der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift ist somit besätigt. Herr Koop bezieht sich auf Seite 7 der Niederschrift. Hier teilte der Bürgermeister auf Anfrage mit, dass zunächst mündlich eine Pachtdauer über 5 Jahre mit der neuen Pächterin der Bauernscheune vereinbart wurde. Was steht im Vertrag? Vertraglich wurden 10 Jahre festgelegt, erklärt Herr Busse. Zum damaligen Zeitpunkt er fünf Jahre angeboten, letztendlich habe man sich auf 10 Jahre geeinigt.			
3.	Feststellung der Tagesordnung Es werden keine Änderungsanträge gestellt, demzufolge wird gemäß vorliegender Tagesordnung weiter verfahren.			
4.	Informationen des Bürgermeisters Es liegen keine Informationen vor.			
5.	Einwohnerfragestunde Frau Borchert, Rektorin der Goethe-Grundschule Kremmen, meldet sich zu Wort. Sie bezieht sich auf den TOP 9 (Beratung: Sanierung Turnhalle Goethe-Schule Kremmen) und weist u.a. darauf hin, dass es bereits ein Gespräch mit dem Bürgermeister gab, dafür bedankt sie sich sehr. Dennoch war der Inhalt sehr ernüchternd. Im April vor einem Jahr habe sie die kleine Turnhalle für den Schulunterricht gesperrt. Warum dauert es ein Jahr, bis verlässliche Aussagen zur Bausubstanz der Halle gegeben werden? Und warum stellen die neuen Erkenntnisse über die Bausubstanz der Halle nochmals den Bedarf der kleinen Turnhalle in Frage? Die Stadtverordnetenversammlung habe den Bedarf gesehen und Mittel wurden für den 1.			

	<p>Bauabschnitt im Haushalt 2018 eingestellt.</p> <p>Nach Sperrung der kleinen Halle habe der Schulträger eine halbe Stadtparkhalle zur Verfügung gestellt. Es können zwar alle Unterrichtsstunden abgedeckt werden, aber die Qualität des Unterrichts leide sehr. Zurzeit gebe es neun Klassen, jede Klasse habe 3 Sportstunden + 3 Stunden aus dem Ganztagsangebot + 1 Hortstunde ergebe insgesamt 31 Stunden. Im nächsten Jahr gebe es 10 Klassen, demzufolge 34 Stunden und im darauffolgenden Jahr gebe es noch eine Klasse mehr. Auch der Hort stoße an seine Kapazitäten, besonders bei schlechtem Wetter.</p> <p>Auch können pädagogische Belange nicht berücksichtigt werden. Sie habe eine Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften, diese hätten mehrfach auf die starke Lärmbelästigung hingewiesen. Die Kinder würden in der Regel nach einer Sportstunde die Halle verlassen, die Sportlehrer sind jedoch mehrere Stunden in der Mehrzweckhalle. Wann bekommt sie eine verlässliche Antwort, wie sich der Unterricht an der Grundschule gestalten wird?</p> <p>Frau Sommer vom Kremmener Sportverein kann sich den Worten von Frau Borchert nur anschließen. Die kleine Halle ist für den Schulsport gesperrt, die Vereine konnten die Halle noch auf eigene Gefahr nutzen. Im vergangenen Jahr hieß es, dass die kleine Halle nicht abgerissen wird. Die Dachdeckerfirma hat eine Sanierung empfohlen. Wenn jetzt ein Abriss ansteht, fragt sie nach alternativen Sporträumen in Kremmen. Einer älteren Sportgruppe (70 +) könne sie nicht einfach einen anderen Ort oder einen anderen Termin anbieten. Sport heißt: "Sport vor Ort". Die Barrierefreiheit müsse gewährleistet sein; barrierefrei heißt "man muss auch hinkommen". Wurde schon über Fördermittel nachgedacht?</p> <p>Herr Busse möchte auch nicht, dass in Kremmen weniger Sport angeboten werden könne, er habe jedoch eine Verantwortung. Weitere Ausführungen wird er zum TOP 9 geben, zudem auch Wortmeldungen der Bürger zugelassen werden.</p>			
6.	<p>Beratung: Antrag auf Kapitalerhöhung der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH</p> <p>Herr Busse weist zu Beginn darauf hin, dass der Antrag auf Kapitalerhöhung der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH bereits Thema im Finanzausschuss am 13.03.2018 war. Herr Kuhn, Geschäftsführer der Woba GmbH, ist anwesend, um evtl. Fragen zu beantworten.</p> <p>Anschließend berichtet Frau Dr. Gebauer, Vorsitzende des Finanzausschusses, dass der Antrag in der Finanzausschusssitzung ausgiebig diskutiert wurde. Der</p>			

Ausschuss habe die Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen mit der Bedingung, dass die beantragten 250.000 € aus den beiden Girokonten der Woba genommen werden. Die Mittel würden schließlich für den Wohnungsbau eingesetzt. Herr Busse erklärt, dass ca. 725 T€ auf den Konten der Woba zu verzeichnen sind, davon sind ca. 200.000 € von der Woba und ca. 500.000 € von der Pruß Hausverwaltung. Es gebe noch keine unterzeichneten Kreditverträge. Diese werde er der Finanzausschussvorsitzenden vorab vorlegen. Durch die Kapitalerhöhung würde die Kreditsumme für die Woba nicht mehr so hoch sein und es würden dann auch weniger Zinsen anfallen, betont Herr Busse. Die durch die Stadt beschlossene Bürgschaft würde sich vollständig erübrigen.

Es folgen mehrere Wortmeldungen. U.a. fragt Frau Dr. Gebauer, wann die Verträge abgeschlossen werden. Die sachkundigen Bürger aus dem Finanzausschuss haben sich bereit erklärt, ihr Fachwissen einzubringen, berichtet Herr Kuhn. Der Aufsichtsrat wird die Angebote dann auswerten. Momentan seien die Zinsen sehr niedrig. Auf jeden Fall möchte er Mieterhöhungen vermeiden, die kalkulierte Miete soll 7,80 € betragen. Mit dem Bauvorhaben soll nach Ostern begonnen werden.

Für den Bau der 12 Wohnungen sind ca. 1,5 Mio. € veranschlagt, sagt Herr Koop und fragt, ob es eine verbindliche Kostenschätzung gebe. Sowohl für den Rohbau als auch für die Haustechnik liegen Angebote vor, erklärt Herr Kuhn. Die veranschlagten Kosten von ca. 1,5 Mio. € entsprechen ca. 2 T€/m² Wohnfläche. Weiterhin fragt Herr Koop, ob es Reserven geben würde, falls sich die Baukosten erhöhen. Herr Kuhn meint, dass die 1,5 Mio. € bestimmt ausreichen werden. Die Erschließungskosten und Vorbereitungskosten sind bereits finanziert. Das Grundstück sei bebaubar. Die reinen Baukosten müssen gezahlt werden, die Außenanlagen würde die Woba in Eigenregie übernehmen. Sollten die Kosten dennoch steigen, z.B. aufgrund tariflicher Erhöhungen, möchte Herr Koop die Sicherheit haben, dass es noch Reserven gebe. Die Woba habe noch einen Puffer, erklärt Herr Busse. Und sollte es zu Schwierigkeiten kommen, könnte sicherlich auch die Stadt noch was zuschießen.

Das Ergebnis der Finanzausschusssitzung habe gezeigt, dass wir die Möglichkeit haben, den Baufortgang zu gewährleisten, meint Herr Tietz. Es sei von Vorteil, dass die Woba eigene Handwerker beschäftigt, erklärt Herr Fritz. Sicherlich können die Baukosten steigen, aber dieses Risiko müsse man eingehen. Die Stadtverordneten müssen ein Zeichen setzen, dass was

	<p>bewegt werde.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen bittet Herr Busse um Abstimmung über die Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1</p> <p>Mit dem Abstimmungsergebnis ergeht einstimmig die Empfehlung an die SVV zur Beschlussfassung.</p>			
7.	<p>Beratung: Satzung zur 2. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen</p> <p>In der Ortsvorsteherberatung wurde angeregt, die Pauschalen und Sitzungsgelder der Aufwandsentschädigungssatzung zu prüfen, berichtet Herr Busse. Die geforderte Gegenüberstellung mit anderen vergleichbaren Städten und Gemeinden liegt in der Anlage bei. Ein Ortsvorsteher habe noch ein Mobiltelefon, das von der Stadt finanziert werde. Hier müsse noch eine Regelung gefunden werden.</p> <p>Anhand der Auswertung der Gegenüberstellungen schlägt Herr Busse folgende Änderungen in der Aufwandsentschädigungssatzung vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhöhung Sitzungsgeld von 13 € auf 20 €. 2. Monatliche Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitze 34 €. <p>Herr Koop findet die Anpassung mehr als richtig. Für die Ausschussvorsitze würde er jedoch 68 €, gleichsetzend mit den Fraktionsvorsitzenden, vorschlagen. Der Aufwand der Ausschussvorsitzenden sei mit dem der Fraktionsvorsitzenden vergleichbar.</p> <p>Herr Winkler könne nicht nachvollziehen, warum eine Erhöhung gefordert wird. Es habe sich niemand beschwert und er war mit den Entschädigungen bisher zufrieden.</p> <p>Herr Voigt spricht sich gegen eine Erhöhung der Aufwandentschädigung aus und plädiert für die Abstimmung.</p> <p>Frau Dr. Gebauer bittet, die Paragrafenangaben im Artikel 1 noch einmal zu überprüfen.</p> <p>Aufgrund der Äußerung von Herrn Winkler, dass Herr Koop eine Erhöhung auf 68 € fordert, zieht er seinen Vorschlag zurück. Herr Winkler erklärt daraufhin, dass die Äußerung nicht so gemeint war.</p>			

	<p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen bittet Herr Busse um Abstimmung über die vorliegende 2. Änderungssatzung.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1</p> <p>Mit dem Abstimmungsergebnis ergeht mehrstimmig die Empfehlung zur Beschlussfassung an die Stadtverordnetenversammlung.</p> <p>Frau Dr. Gebauer bittet, die finanziellen Auswirkungen bis zur SVV vorzulegen.</p>			
8.	<p>Beratung: Billigung des Entwurfes der Satzung über die Herstellung notwendiger Stellplätze in der Stadt Kremmen (Stellplatzsatzung) Herr Busse berichtet, dass die Stellplatzsatzung bereits in fünf Ortsbeiratssitzungen vorgestellt wurde. Die Beratung im Ortsbeirat Kremmen folgt am 19.03. und im Ortsbeirat Staffelde am 04.04.2018.</p> <p>Herr Voigts bezieht sich auf die Anlage Pkt. 1.6 "Sonstige Wohnheime". Demnach müssen für die Erntehelfer pro zwei Betten ein Stellplatz eingerichtet werden. d.h. für 100 Betten = 50 Stellplätze. Die Erntehelfer würden jedoch in Gruppen anreisen und nicht in einzelnen Pkw's.</p> <p>Herr Busse sagt zu, dass die Verwaltung dies prüfen werde. Herr Voigt regt an, auch im Beelitzer Raum nachzufragen.</p> <p>Frau Dr. Gebauer verweist auf den geplanten Feuerwehrneubau und die weitere Sanierung des Klubhauses. Dies sollte berücksichtigt werden. Herr Busse meint, dass es auf dem Marktplatz genügend Parkplätze geben würde. Möglicherweise sollte über entsprechende Markierungen nachgedacht werden.</p> <p>Nachdem alle Wortmeldungen abgeschlossen sind, bittet Herr Busse um Abstimmung zur Empfehlung an die SVV.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1</p> <p>Es ergeht die einstimmige Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung.</p>			
9.	<p>Beratung: Sanierung Turnhalle Goethe-Schule Kremmen Herr Busse bezieht sich auf die Ausführungen von Frau Borchert und Frau Sommer in der Einwohnerfragestunde. Er könne sich auch nicht erklären, warum ein Jahr vergehen musste. Im April 2017 gab es erste Gespräche und die</p>			

<p>Entscheidung wurde gemeinsam mit Frau Borchert getroffen, dass die Halle für den Schulunterricht gesperrt wird. Die Vereine sollten selbst entscheiden, wurden jedoch darauf hingewiesen, dass es zu Hautreizungen kommen könnte. Lt. Festlegungen der Stadtverordnetenversammlung wurden für die Sanierung 700 T€ im Haushalt eingestellt. Im Dezember 2017 wurde eine visuelle Nachprüfung durch die Firma Bau-Plan-Consult mbH durchgeführt. In der Beurteilung vom 22.12.2017 wird darauf hingewiesen, dass die Gefahr des plötzlichen Herabfallens der losen Putzschollen besteht. Die Schadstellen sind unverzüglich zu sichern. Derzeit besteht im unmittelbaren daran angrenzenden Hallenbereich Gefahr für Leib und Leben. Zudem habe sich der Zustand innerhalb der letzten 9 Monate noch mehr verschlechtert. Am 28.02.2018 übermittelte die Ingenieurgesellschaft ihr Angebot für eine vertiefte Prüfung. Im Angebot wird darauf hingewiesen, dass anhand dieser ergänzenden Stichproben keine hinreichend sicheren Aussagen zur Restnutzungsdauer von Dachkonstruktion und Gebäude erfolgen können. Weitere Prüfungen können diesbezüglich nur zu einer schrittweisen Näherung führen. Dabei ist zu beachten, dass aufgrund der stark reduzierten Bauteildicken, der bereits 42-jährigen Standzeit und des mit gutachterlicher Stellungnahme vom 14.03.2017 festgestellten Karbonatisierungsfortschritts bereits Einschränkungen hinsichtlich der Dauerhaftigkeit der Konstruktion bestehen. Besonders betont Herr Busse, dass niemand den Bedarf der Turnhalle anzweifelt. Er plädiere aufgrund der Gutachten jedoch nicht für eine Sanierung der Turnhalle. Da auch die Klassenräume aus allen Nähten platzen, regt Herr Busse den Bau eines Turnraumes mit sanitären Einrichtungen an und im Obergeschoss könnten 4 Klassenräume entstehen. Vorstellbar sei ein Anbau an die Aula mit Übergängen unten und oben. Sicherlich sei eine Förderung möglich, aber es wird dauern.</p> <p>Es folgt eine umfangreiche Diskussion.</p> <p>U.a. berichtet Frau Dr. Gebauer, dass sie mit Herrn Brandt, Referatsleiter des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, gesprochen habe. Dieser wies auf die KIP-Richtlinie hin. Ein Antrag müsse so schnell wie möglich, spätestens bis Mitte des Jahres, gestellt werden, um Fördermittel zu erhalten. Zudem sollten auch die Landtagsabgeordneten mobilisiert werden. Bevor keine Genehmigungsplanung vorliegt, könne kein Fördermittelantrag gestellt werden, erklärt Herr Busse.</p> <p>Frau Sommer bezieht sich noch einmal auf den Zustand der Halle. Es sei also möglich, dass die Halle einstürzen könnte. Sie dürfe nicht daran denken, was hätte passieren können. Der Prüfer sichere sich ab, die Halle könne auch gänzlich gesperrt</p>			
--	--	--	--

	<p>werden, erklärt Herr Busse.</p> <p>Das Gutachten sei ein amtliches Dokument mit dem Hinweis auf Gefahr an Leib und Leben, macht Herr Koop deutlich. Es wird von fortschreitender Karbonatisierung und erheblichen Baumängeln gesprochen. Es gibt keine andere Möglichkeit, als die Sperrung der Halle. Herr Busse erklärt darauf hin, dass er gleich morgen früh die Sperrung der Halle veranlassen werde. Die Fußballer würden im Sommer überwiegend im Freien trainieren und dem Judoclub könne die Halle in Sommerfeld angeboten werden. Es sollte auch die Möglichkeit zur Aufstellung eines Containers an die MZH geprüft werden. Herr Fritz plädiert für eine neue Halle. Wenn der Unterricht nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden könne, ist dies ein wichtiger Grund. Es müsse was passieren. Die Stadtverwaltung sollte den Vereinen Vorschläge für weitere Nutzungsmöglichkeiten machen, z.B. Sommerfelder Halle und die Beetzer Halle.</p> <p>Frau Borchert regt an, dass der Schulträger dem Ministerium anzeigt, dass er seinen Pflichten zur ordnungsgemäßen Durchführung des Sportunterrichtes nicht mehr nachkommen könne.</p> <p>Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, das Vorhaben schnellstmöglich umzusetzen. Der Neubau hätte jetzt 1. Priorität.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen fasst Herr Busse Folgendes zusammen und bittet um Abstimmung darüber: Beauftragung einer Planung zum Neubau eines Turnraumes mit Sanitärtrakt und Klassenzimmer in der 1. Etage. Von einer Sanierung der Turnhalle ist abzusehen.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0</p> <p>Frau Borchert wird der Verwaltung eine Zuarbeit für die Anträge an das Schulamt und dem Ministerium übergeben.</p> <p>Herr Busse meint, dass nach dieser umfassenden Diskussion und der Festlegung keine Beratung mehr im Bau- und Wirtschaftsausschuss mehr notwendig sei.</p>			
10.	<p>Sonstiges</p> <p>Herr Busse berichtet, dass die OVG den Busverkehr nach den Osterferien verlegen werde. Die Busse werden nicht mehr an der Ruppiner Straße halten, sondern direkt vor der Schule. Dann fahren die Busse durch die Grabenstraße und biegen rechts ab in Richtung Sommerfeld. Aus diesem Grund wird in Höhe</p>			

	<p>Grabenstraße 52 Parkverbot eingerichtet. Testweise für ein Jahr werden die Busse Am Marktplatz vor dem Rathaus halten. Dann wird entschieden, ob die Haltestelle dauerhaft eingerichtet wird und ein Buswartehäuschen aufgestellt wird. Die Haltestelle am Scheunenviertel ist noch fraglich. In der kommenden Woche findet ein Vor-Ort-Termin mit der OVG statt. Die OVG würde es jedoch begrüßen, das Scheunenviertel in den Fahrplan aufzunehmen.</p> <p>Auf Anfrage von Frau Dr. Gebauer berichtet Herr Busse, dass die OVG die Kosten zur Einrichtung der Haltestellen übernimmt. Herr Koop hält die Haltestelle am Scheunenviertel für überflüssig.</p> <p>Frau Dr. Gebauer bittet um Informationen zur Übertragung der Mittel für Haltestellen. Herr Busse bezieht sich auf den 5-Jahresplan und berichtet, dass die Mittel aus 2016 übertragen wurden und die Realisierung erfolgte im Jahr 2017. Die Mittel aus 2017 wurden ins Jahr 2018 übertragen. In diesem Jahr sollen die Mittel für 2017 und 2018 ausgegeben werden.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Busse den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:30 Uhr.</p>			
--	--	--	--	--